Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. August 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die Zeit drängt!

von Rudolf Breitscheid.

SPD. Der Bericht der Baseler Sachverständigen hat einige Feststellungen getroffen, die an sich zwar nicht neu und überraschend sind, die aber doch eben wegen des Gremiums, von dem sie ausgehen, ihr besonderes Gewicht besitzen. Die erste und für Deutschland natürlich am wenigsten erfreuliche ist die, dass wir auf absehbarer Zeit nicht mit der Gewährung einer langfristigen Auslandsanleihe rechnen können. Auch das haben Eingeweihte und Einsichtige schon seit langem gewusst. Aber in weiten Kreisen bestanden doch immer noch Illusionen, die zum Teil durch amtliche Stellen, nicht zuletzt durch die Leitung der Reichsbank, erweckt und genährt worden waren. Es ist gut, dass sie jetzt zerstreut sind, und dass alle Welt gezwungen ist, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Dabei ist es immerhin angenehm, von den Baseler Finanzleuten zu hören, dass die allgemeine Wirtschaftslage unseres Landes, seine Handelsbilanz und sein Staatshaushalt an sich wohl die Voraussetzungen für eine Anleihe bieten würden, und dass es eigentlich nur politische Faktoren seien, die uns daran hinderten, in den Genuss des fremden Geldes zu gelangen. Aber leider ist auch die Beseitigung dieser politischen Barrikaden sehr schwer.

Es heisst in dem Bericht, dass Aussichten für eine Anleihe nicht vorhanden seien, solange nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten auf der Grundlage freundschaftlichen Zusammenarbeitens und gegenseitigen Vertrauens beruhten, und es liegt auf der Hand, dass bei diesen Bemerkungen in der Hauptsache an das deutsch-französische Verhältnis gedacht ist. Gerade von der Sozialdemokratie ist bei der Erörterung der finanziellen Not Deutschlands immer wieder mit Nachdruck auf diesen Punkt hingewiesen worden und die Sachverständigen bestätigen nur die so häufig wiederholte These, dass unsere wirtschaftliche und politische Zukunft von der Gestaltung der Beziehungen zwischen Berlin und Paris abhängig ist.

Aber wir wissen sehr wohl: Es ist leichter, die Verständigung zu fordern, als die Mittel und Wege zu ihrer Erreichung anzugeben. Gerade in der letzten Zeit ist von verschiedenen Seiten hüben und drüben die Erfüllung sogenannter politischer Bedingungen verlangt worden, und wir möchten die Gelegenheit benutzen, um noch einmal hervorzuheben, dass wir uns von solchen Zugeständnissen gerade im gegenwärtigen Moment nichts versprechen. Selbst wenn die französische Regierung durch sie befriedigt werden könnte, so wäre es mehr als fraglich, ob damit bei denen, die die Anleihe zeichnen sollen, das nötige Vertrauen geschaffen wäre. Der französische Rentner leidet immer noch unter dem Schrecken, den ihm seine Verluste eingejagt haben. Er kennt ausserdem den niedrigen Kursstand der Young-Anleihe, und mit einem Wort: er würde auch nach einem Verzicht auf Panzerkreuzer und Zollunion kaum bereit sein, seine Ersparnisse in Deutschland anzulegen.

Aber die Ablehnung politischer Bedingungen ist etwas Negatives. Man muss nach positiven Verständigungsmöglichkeiten suchen, und da hat vor einigen Ta-

gen die "Kölnische Zeitung" - man weiss nicht recht, ob aus eigenem oder auf Grund von irgendwelchen amtlichen Informationen - den Gedanken einer Art von Freundschaftspakt in die Debatte geworfen, an dem sich ausser Deutschland und Frankreich auch England und Italien und vielleicht Sowjetrussland beteiligen könnten. Dieser Vertrag sollte sich seinem Inhalt nach im wesentlichen an das deutsch-russische Abkommen von 1926 anschliessen, in dem festgestellt ist, dass die beiden beteiligten Regierungen, in freundlicher Fühlung miteinander stehend, über alle sie gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeiführen sollen und in dem weiter die Beteiligung an einer von dritter Seite ausgehenden, gegen eine von beiden gerichtete Aktion ausdrücklich abgelehnt wird.

An und für sich wäre gegen einen Vertrag solcher oder ähnlicher Art nicht viel einzuwenden. Man könnte höchstens sagen, dass es nicht zweckmässig sei, ihn auf die genannten Mächte zu beschränken, oder auch, dass es sich mehr empfehle, ihn nur zwischen Deutschland und Frankreich abschliessen zu lassen. Aber schliesslich: gibt es nicht schon genügend Verträge? Wir haben den Völkerbundspakt, wir haben das Locarno-Abkommen, wir haben Schiedsgerichtsverträge mancherlei Art. Wenn eine spezielle Abmachung mit Russland getroffen worden ist, so doch insbesondere deshalb, weil Russland eben nicht dem Völkerbund angehört und infolgedessen eine besondere Stellung einnimmt. Wir meinen, dass für die anderen Staaten die vorhandenen Pakte genügen sollten, wenn sie nur ihrem Geist entsprechend angewendet würden. Wobei wir nicht zuletzt an die Bestimmungen über die internationale Einschränkung der Rüstungen denken.

Welche Möglichkeiten aber bleiben dann, um zur Schaffung der von den Baseler Sachverständigen als notwendig bezeichneten Voraussetzungen zu gelangen? Sehen wir von der Notwendigkeit einer Besserung der politischen Atmosphäre durch ein immer wieder erneuertes freundschaftliches Sichaussprechen und sehen wir von der energischen Abkehr von jeder nationalistischen Betätigung und Bekundung ab, so muss der Weg zu einer politischen Beruhigung über eine allgemeine wirtschaftliche Verständigung führen. Soweit wir wissen, ist das auch die Ueberzeugung der Staatsmänner in Berlin und Paris, die sich bemühen, für den Besuch der französischen Minister in der deutschen Hauptstadt eine Art von Katalog gemeinsam in Angriff zu nehmender wirtschaftlicher Fragen auszuarbeiten. Woran daran im einzelnen gedacht wird, wissen wir nicht, aber in der französischen Presse ist die Rede von einer Beteiligung französischen Kapitals an deutschen Unternehmungen, von einer Mitwirkung deutscher Unternehmungen bei der Bewirtschaftung der französischen Kolonien, von gemeinsam auszuführenden öffentlichen Arbeiten, von Kombinationen in der See- und Luftschiffahrt usw. Wir legen uns auf keinen dieser Programmpunkte fest und behalten uns jegliche Stellungnahme für den Augenblick vor, wo die Ideen greifbarere Gestalt annehmen. Abe zweifellos würde es von Vorteil sein, wenn man mit einer Diskussion dieser Probleme den Anfang machte.

Allerdings bleibt unter allen Umständen noch ein grosses Hindernis übrig, und das ist die Reparationsfrage. Der Baseler Bericht führt sie gesondert neben den politischen Faktoren auf. Aber die politische Verständigung ist ohne ihre Lösung nicht denkbar. Und hier türmen sich einstweilen die Schwierigkeiten. Die Sachverständigen weisen mit Recht auf die Folgen der Kapitalfehlleitungen hin, die mit den Reparationen in Zusammenhang stehen. Aber in Paris hat man die Mahnung, auch auf diesem Gebiet keine Zeit zu verlieren, wenig freundlich aufgenommen, und in Amerika, von dessen Schuldennachlass so viel abhängt, scheint zu schnellem Handeln ebensowenig Bereitschaft vorhanden zu sein. Bei diesem Punkte aber liegt die Entscheidung. Frankreich und Amerika müssen sich klar darüber sein, dass Deutschland nach Ablauf des Hoover-Jahres die Zahlungen in dem alten Umfange nicht mehr aufnehmen kann. Das für die deutsche und für die Weltwirtschaft notwendige Vertrauen ist aber nicht herzustellen, solange das System der internationalen Stromleitung durch politische Eingriffe gestört ist. Diese Erkenntnis muss sich bald durchsetzen. Denn auch für sie gilt der warnende Ruf des Baseler Berichts: "Es ist keine Zeit zu verlieren".

SPD. München, 21.August (Eig.Drahtb.)

Der juristische Referent im Münchener Braunen Hause, Dr. Freiherr von Reck, hat seinen Austritt aus der Nazipartei erklärt. Er begründet diesen Schritt in einem Schreiben an Hitler, dem wir folgendes entnehmen :

"Einem Schritte des Generals Ritter von Epp folgende, bin ich im Jahre 1928 der NSDAP als Mitglied beigetreten. Eine kurze Tätigkeit als juristischer Referent bei der Reichsleitung der NSDAP und der obersten SA-Führer im Braunen Hause hat indes genügt, mich von der geistigen und moralischen Unzulänglichkeit eines wildgewachsenen Führerhaufens zu überzeugen. Diese Männer, die sich dem Ausland würdelos anbiedern, aber dem eigenen Volk gegenüber Gewaltmethoden eines Clemenceau anwenden, sind weder willens noch fähig, eine Volksgemeinschaft zu begründen und ein Reich von wahrhaft deutschem Wesen zu errichten....."

SPD. Hamburg, 21.August (Eig.Drahtb.)

Der Senat hat der Hamburger Bürgerschaft im Zusammenhang mit der kürzlich eingeleiteten Sparaktion eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, die die Pensionsgrenze für die Beamten auf 63 Jahre herabsetzt und in der festgelegt wird, dass die für die Staatsangestellten übliche Versorgung aus dem Ruhegeldgesetz und aus der Hamburgischen Angestelltenversicherung nicht erst mit der Vollendung des 65. sondern schon mit der Vollendung des 63.Lebensjahres eintreten kann. Die Hamburger Bürgerschaft wird die Vorlage am 26.August annehmen.

SPD. Paris, 21.August (Eig.Drahtb.)

Ministerpräsident Laval empfing am Freitag-Mittag den französischen Delegierten im Baseler Sachverständigenausschuss, den früheren Gouverneur der Bank von Frankreich Moreau, der ihn über die Verhandlungen unterrichtete und ihm den Bericht des Ausschusses übergab.

Der "Temps", der am Freitag den ganzen Bericht veröffentlicht hat, schrei dazu: "Die ganze Debatte werde von der brutalen Tatsache beherrscht, dass Deutschland im Laufe der letzten sechs Jahre über 18 Milliarden Mark geborgt, während es nur 10 Milliarden auf Reparationskonto gezahlt habe. Die gesamten Zahlungen seien also durch auswärtige Anleihen gedeckt worden, sodass sie Deutschland selbst nicht die geringste Anstrengung gekostet hätten. Das genüge um festzustellen, dass die Pflicht der Wiedergutmachung der Schäden, die während des Krieges, für den Deutschland die volle Verantwortung trage, angerichtet worden sind, keinen ernsthaften Anteil an dem Zusammenbruch der deutschen Finanzen habe."

SPD. Beirut, im August (Eig.Bericht)

Auf Grund ihrer Erfahrungen in der unterirdischen Propaganda haben die Emissäre Moskaus drei Stützpunkte im Mittleren Osten geschaffen, von denen aus die kommunistische Wühlarbeit systematisch betrieben wird. Es handelt sich um Adana in der Türkei, Beirut in der französischen und Jerusalem in der englischen Interessensphäre. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hat die politische Polizei der französischen Mandatsverwaltung in Syrien veranlasst, eine Zusammenarbeit der in Frage kommenden Regierungen anzuregen. Von türkischer Seite ist der Vorschlag akzeptiert worden, während die Engländer nur unter gewissen Vorbehalten mitmachen wollen.

Der Kooperation der französischen und der türkischen Abwehrstellen ist es gelungen, zwei Persönlichkeiten, die in der bolschewistischen Agitation im

Vorderen Orient eine wichtige Rolle spielen, den Vorsitzenden der kommunistischen Partei Syriens und den der kommunistischen Partei des Libanon zu verhaften. Der Prozess gegen beide, die armenischer Abstammung sind, ist an ein Militärgericht verwiesen worden. Da das öffentliche Interesse an der Angelegenheit bei dem auf politische Sensationen stets stark inklinierenden Temperament der Syrer und Libanesen sehr gross ist, haben die russischen Drahtzieher beschlossen, aus ihr propagandistisches Kapital zu schlagen. Der bekannte Pariser Anwalt und kommunistische Parlamentarier Berton ist zu ihrem Verteidiger berufen worden und seine Anwesenheit in Syrien sollte durch Demonstrationen von allergrösstem Umfang gefeiert werden. Durch Agenten, die sich in die kommunistische Organisation Syriens eingeschlichen hatten, bekam die politische Polizei von den Absichten Wind. Die Befehle für die Ausführung dieser Aktion sollten auf einem geheimen Kongress der kommunistischen Partei Syriens und des Libanons erteilt werden. Man liess diesen Kongress abhalten und auch bis zu Ende tagen. Es wurde jedoch Vorsorge getroffen, dass der gegenwärtige Leiter der Partei, Fauzi el Zaim, sofort beim Verlassen der Versammlung verhaftet wurde. Auf diese Weise sind der Polizei wichtige Dokumente wie Chiffre-Schlüssel, vor allem aber eine vollständige Liste der führenden Anhänger Moskaus nicht nur in Syrien und dem Libanon sondern auch in Palästina, dem Irak und Arabien in die Hände gefallen. Auf Grund dieser Informationen sind bereits eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden.

Es heisst, dass alle diese Fälle gemeinsam ebenfalls vor einem Kriegsgericht in Form eines Massenprozesses wegen kommunistischer Propaganda zur Verhandlung kommen werden.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit:

"Die Arbeit der Politischen Polizei hat die Ermordung der beiden Polizeihauptleute Anlauf und Lenk sowie die schwere Verletzung des Polizeioberwachtmeisters Willig der Aufklärung sehr nahe gebracht. Ausser den am Tatort ergriffenen Arbeitern Thunert und Zachow sind unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen der Stellmacher Otto Schlicht, Lackierer Gerhard Voigt, und Schneider Paul Paprocki. Gegen diese 5 Personen hat der Untersuchungsrichter Haftbefehl erlassen. Im Zusammenhang mit der Mordtat steht offenbar die Tätigkeit von Malkolonnen, von denen vor und nach der Mordtat Häuser Zäune und Strassenpflaster mit hetzerischen Anschriften beschmiert worden sind. Als Mitglieder dieser Malkolonnen hat die Polizei 11 Personen ermittelt und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der auch gegen diese Personen Haftbefehl erlassen hat. Es befinden sich demnach unter dem Verdacht der unmittelbaren und mittelbaren Täterschaft 16 Personen in Untersuchungshaft.

SPD. Frankfurt/M., 21.August (Eig.Dr.)

Das nationalsozialistische Zeitungssterben hat zwei neue Opfer gefordert. Das Frankfurter "Volksblatt" der Hitlerpartei und dessen Wiesbadener Kopfblatt, die "Rhein-Wacht" sind sanft entschlafen. Am 13.August war das für sechs Wochen befristete Verbot abgelaufen, aber bis zum heutigen Tage sind die beiden Naziblätter nicht wieder erschienen. Wie jetzt bekannt wird, ist der Zusammenbruch die Folge der hoffnungslosen Verschuldung der beiden Zeitungsunternehmungen. Der bisherige Verleger hat die Zeitungen bei der Polizei bereits abgemeldet und die Maschinen abtransportieren lassen.

SPD. Hamburg, 21.August (Eig.Drahtb.)

Am 27.September wird die Hamburger Bürgerschaft neugewählt. Eine Delegiertenversammlung der Hamburger Sozialdemokratie nominierte am Freitag eine Liste mit 120 Kandidaten, an deren Spitze der erste Hamburger Bürgermeister Rudolf Ross steht. Da die Delegiertenversammlung vorher beschlossen hatte, für die Nominierung der Kandidaten eine Altersgrenze von 65 Jahren festzusetzen, werden mehrere sehr verdiente Sozialdemokraten, wie der Parteivorsitzende der SPD in der Vorkriegszeit und spätere Senator Stubbe und der langjährige Führer des Baugewerksbundes Fritz Päplow nicht in die Bürgerschaft zurückkehren.

SPD. Bremen, 21.August (Eig.Drahtb.)

In der Gläubigerversammlung der Nordwolle wurden zu dem Bericht und zu der Konkursbilanz (siehe Wirtschaftsteil) nähere Angaben gemacht. Die Aussprache vollzog sich verhältnismässig ruhig. Verlangt wurde aber energisch, dass die Regressansprüche auch gegen den Aufsichtsrat und die in Frage kommenden Banken eingehend geprüft werden. Im übrigen beschloss die Versammlung, das Amt des Konkursverwalters dem Rechtsanwalt Dr. Heinemann anzuvertrauen.

SPD. In dem Keller eines Hauses in der Tilsiter Strasse 85 im Osten Berlins wurde am Freitag Nachmittag ein grosses kommunistisches Waggenlager beschlagnahmt. Die Waffen waren in 12 Kisten verpackt. Sie enthielten 17 Handgranatenköpfe, 33 Flaschen mit Chemikalien, ferner Chemikalien in Tüten, 55 Trommelmagazine für Maschinenpistolen, 700 Patronen à 7,65 mm, 66 Patronen à 6,35 mm, 550 Patronen à 9 mm, 3 Maschinenpistolenläufe, 6 Parapistolen 0,8, 9 Parapistolen 0,8 lang, eine Mauserpistole lang, 4 Mauserpistolen kurz, 3 Ortpis 6,35, 1 Dreiser 7,65, 1 Steyer, ausserdem Maschinenpistolen und Ersatzmaterial.

Dieser Tage beobachtete ein Flurschütze in einem Forst bei Neuenhagen 3 junge Leute, die Schiessübungen veranstalteten. Der Flurschütze benachrichtigte sofort die Polizei, die die wilden Schützen festnahm. Bei der Vernehmung der Burschen stellte sich heraus, dass sie Mitglieder der KPD sind. Einer verwickelte sich bei seinem Verhör in sehr starke Widersprüche. Als man ihm auf den Kopf zusagte, dass in dem Keller des Hauses, in dem er wohnt, ein Waffenlager sei, gab er dies zu. Die Politische Polizei veranstaltete daraufhin am Freitag-Nachmittag um 2 Uhr eine Razzia. Von 40 Beamten wurden sämtliche Ein- und Ausgänge des Hauses Tilsiter Strasse 85 abgeriegelt. Schon nach kurzer Zeit war das Waffenlager entdeckt.

Die Politische Polizei hat sofort Untersuchungen darüber anstellen lassen, ob der in der Tilsiter Strasse aufgefundene Sprengstoff etwa der gleiche ist, wie der bei dem Jüterboger D-Zug-Attentat benutzte.

SPD. Budapest, 21.August (Eig.Drahtb.)

Die bisherigen Regierungsparteien sind am Freitag an den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Bethlen herangetreten, um ihn zur Rückkehr in sein bisheriges Amt zu ersuchen. Bethlen lehnte das Ansinnen ab. Die Vorstellungen der bisherigen Regierungsparteien bei Bethlen sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Neubildung der Regierung durch den Grafen Karolyi ausserordentliche Schwierigkeiten entgegenstehen.

SPD. Die Deutschnationalen und die nationalsozialistischen Mitglieder des Preussischen Landtags haben dem Landtagspräsidenten folgenden Antrag übermittelt :

"Nach Pressemeldungen hat der preussische Finanzminister Höpker-Aschoff dem Reichsminister des Innern einen Gesetzentwurf eingereicht, der in seinen Grundgedanken die Zerschlagung Preussens bedeutet. Gleichzeitig ist bekannt geworden, dass der Vorschlag die Durchführung dieses Gesetzentwurfs mit Hilfe des Art.48 der Reichsverfassung vorsieht. Angesichts der daraus erwachsenden Gefahr für die Existenz Preussens beantragen wir die sofortige Einberufung des Preussischen Landtags."

SPD. London, 21.August (Eig.Drahtb.)

Das Sparprogramm der Arbeiterregierung stösst insbesondere bei der Arbeiterpartei und den Gewerkschaften auf starken Widerstand. Den Hauptpunkt der Kritik bildet die in Aussicht genommene Beschränkung der Arbeitslosenversicherung auf 26 Wochenzahlungen. Die Konservativen erheben den Einwand, dass in dem Sparprogramm zu viel neue Steuern enthalten sind und zu wenig Einsparungen vorgenommen werden.

Am Freitag hat das Kabinett das Sparprogramm nochmals überprüft. Im Anschluss daran empfingen der Ministerpräsident und der Schatzkanzler die Führer der Konservativen und der Liberalen Partei. Abends trat das Kabinett nochmals zusammen.

SPD. Prag, 21.August (Eig.Drahtb.)

Der sozialistische "Pravo Lidu" meldet in seiner Freitag-Ausgabe, dass der Bruder des italienischen Ministerpräsidenten, Arnoldo Mussolini, der Chefredakteur eines Mailänder Faschistenorgans ist, kürzlich längere Zeit bei dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Aussenminister Berchtold auf Schloss Buchlau in Mähren geweilt habe. Der Aufenthalt sei streng geheim gehalten worden, schliesslich aber dadurch bekannt geworden, dass Mussolinis Frau erkrankt sei und der Ortsarzt habe gerufen werden müssen.

Mussolinis Bruder soll vor dem Besuch bei Berchtold in Ungarn geweilt und sich dort bei Bethlen für die Ausrufung der Monarchie mit dem Habsburger Otto ausgesprochen haben. Der Habsburger solle eine italienische Prinzessin heiraten.

SPD. Hamburg, 21.August (Eig.Drahtb.)

Der 29jährige Funktionär der Kommunistischen Partei Ehlert wurde in seiner Wohnung durch einen Pistolenschuss so schwer verletzt, dass er bald darauf verstarb. Vermutlich handelt es sich bei der Tat um einen politischen Racheakt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

SPD. Köln, 21.August (Eig.Drahtb.)

In einem Artikel "Industrie-Landkreise in Not" schreibt der sozialdemokratische Landrat des Rhein-Wupper-Kreises Trimborn u.a.:

"Die Verquickung kommunaler Fürsorgepflichten mit konjunktureller Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache, die die deutschen Landkreise als Bezirksfürsorgeverbände an den Rand des finanziellen Abgrunds geführt hat. Das Reich hat hier völlig unberechtigterweise Verpflichtungen den Gemeinden und Gemeindeverbänden zugeschoben, die ausschliesslich dem Reich zur Last fallen. Eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Gemeinden und Gemeindeverbände ist nicht

nur untragbar sondern auch inkonsequent. Hier wird und muss sich beim Reich baldigst eine grundsätzliche Wandlung der bisherigen Auffassung durchsetzen, wenn nicht die Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände an der ihnen auferlegten Last zugrunde gehen sollen. Was die Gemeinden und Gemeindeverbände zu ihrer Wiedergesundung brauchen sind grundsätzliche organisatorische Änderungen in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge, ist ein grösseres Verständnis bei den Zentralbehörden für die Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände überhaupt. Immer mehr bestätigt die Entwicklung und Zuspitzung der Lage wie notwendig und richtig die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände im Frühjahr dieses Jahres auf eine grundsätzliche Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung waren. Wird diese dringliche Reform noch hinausgeschoben, dann wird trotz aller gelegentlichen Hilfe durch Dotierungen und Ausgleichsfonds der finanzielle Zusammenbruch zahlreicher schwacher Gemeinden und Industriekreise nicht aufzuhalten sein. Die Folgen eines solchen Zusammenbruchs müssen dann jene tragen, die alle warnenden SOS-Rufen gegenüber taub geblieben sind."

SPD. Madrid, 21.August (Eig.Drahtb.)

Die Regierung hat durch Dekret den Verkauf und jede weitere hypothekarische Belastung der Kirchen, Klöster und anderer religiöser Institute verboten. Die monarchistische Zeitung "Nation" fragt unter Bezugnahme auf den Erlass der Regierung, ob Spanien im Begriff stehe, die Beziehungen zum Vatikan abzubrechen.

SPD. Die neuen Verhandlungen zur Lösung des Lohnkonflikts der Gemeindearbeiter, die Freitag früh 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium begannen, haben bis 10 Uhr noch keine Entscheidung gebracht. Die Parteien verliessen gegen 6 Uhr das Ministerium mit einem neuen Verhandlungsergebnis, zu dem sie sofort Stellung nahmen. Sie sollen dem Minister noch im Laufe der Nacht ihre Stellungnahme mitteilen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Das Mysterium von Bingen.

Die Katastrophe im Leben des Herrn von Lacum - Was geschah im Wald von Heernalb? - Die Wissenschaft und der Silberschädel.

SPD. Bingen, 20. August (Eig. Ber.)

Immer noch werden zahlreiche Stimmen laut, die daran zweifeln, dass der in dem bei Herrnalb verbrannten Auto aufgefundene Leichnam der des Binger Automobilvertreters Heinz von Lacum sei. Die Dinge sind so undurchsichtig und die geschäftlichen Schwierigkeiten der Firma des geheimnisvollen Kaufmanns so gross, dass in der Tat, noch mit der Möglichkeit eines Versicherungsverbrechens nach Tetzner'schem Muster gerechnet werden kann. Die Verdachtsmomente sind beträchtlich. Als Heinz v. Lacum am 10. August ds. Js. aus Bingen-Rüdesheim fortfuhr, entnahm er vorher der Geschäftskasse noch die Summe von 17 000 Mark. Irgendwelche Angaben oder Kassenbelege über die Entnahme dieses Betrages hinterliess er nicht. Nur eine Gastwirtstochter in Gaggenau, die früher als seine Privatsekretärin bei ihm tätig war, erhielt, wie jetzt feststeht, von ihm eine recht vielsagende Andeutung: "Hilde, es bricht alles zusammen ich muss auf einige Zeit verschwinden"....

Dieses Gespräch fand in der Nacht vom 10. zum 11. August in Gaggenau statt nachdem Heinz v. Lacum seinen Wohnort Bingen um 5 Uhr nachmittags mit seinem Auto verlassen hatte. Um Mitternacht fuhr der geheimnisvolle Kaufmann von Gaggenau nach Dobel weiter. Er benutzte mit seinem Wagen eine durch tiefen Wald führende Landstrasse dritter Ordnung, die erfahrungsgemäss von wandernden Handwerksburschen viel benutzt wird.

Rätsel um die Hirnschale.

Das mysteriöse Unglück der Autoverbrennung muss sich, wie man auf Grund der stehen gebliebenen Uhr feststellen kann, 1.48 Uhr morgens zugetragen haben. Die Zweifel an der Identität des Toten mit dem Automobilvertreter v. Lacum aus Bingen wurden zuerst deshalb geäussert, weil sich bei den Resten der Leiche keinerlei Spuren geschmolzenen Silbers fanden: Herr v. Lacum hatte von sich erzählt, dass er infolge einer Kriegsverletzung eine silberne Hirnschale trage. Tatsächlich wäre es aber doch wohl ausgeschlossen, dass bei einer solchen Verbrennung ohne Zuführung von Pressauerstoff Silber zum Schmelzen gebracht werden kann, da dazu eine Temperatur von ca. 1 000 Grad oder Weissgluthitze erforderlich ist. Diese Temperatur konnte mit Benzin in einem geschlossenen Auto niemals erzeugt werden, und wäre sie erzeugt worden, dann würden von der Leiche überhaupt nur noch ein paar kalzinierte Knochen übrig geblieben sein. Wahrscheinlich hat Heinz von Lacum die ganze Sache nur erfunden - entweder um sich interessant zu machen oder aber um die wahre Natur einer früheren epileptischen Krankheit vor seinen Freunden zu verbergen.

Silbertherapie.

Hein v. Lacum hätte sich jedenfalls das Märchen mit der silbernen Hirnschale nicht schlecht ausgedacht; er war ja überhaupt, wie sich jetzt zeigt, weit "gedankenreicher", als man bisher wusste. Silber ist einer der wenigen Fremdkörper, die der Körper sozusagen reaktionslos erträgt. Ausserdem kommt ihm im höchsten Grade eine keimhemmende Kraft zu (auch dann, wenn es Substanz bleibt und nicht aufgelöst wird) - es hat sich deshalb in der letzten Zeit eine direkte Silbertherapie in der Medizin herausgebildet, welche schwer heilende Wunden und Verletzungen aller Art einfach mit einer Silberkrone bedeckt

und darunter heilen lässt. Dagegen ist die Verwendung von Silberplatten zur Deckung von Schädeldefekten eine bereits relativ alte und erprobte chirurgische Methode. Man darf sich dabei aber keinesfalls vorstellen, dass es möglich wäre, den ganzen Dom, die Schädelkapsel aus Silber herzustellen oder damit grosse Schädelpartien abzudecken. Die Operation würde an der Unmöglichkeit scheitern, grössere Silberpartien zu überhäuten, und somit das Silber restlos widerstandsfähig einzuheilen. Nur die teilweise Schädelverletzung kann übersilbert werden. Und auch diese Operation kann erst vorgenommen werden, wenn man sicher weiss, dass keine innere Gehirnverletzung und keine Infektion eingetreten ist. Es wird gegebenenfalls eine Silberplatte von einer den Rand der Verletzung etwas überragenden Grösse ausgewählt und durch Hämmern in die der Schädelwölbung entsprechende Form gebracht. Diese wird an der Schädelkapsel mit Silberdraht befestigt und erst später findet die die Ueberhäutung statt.-

Der Sohn eines Tagelöhners.

Heinz v. Lacum hat seine wirklichen Eltern seit vielen Jahren nicht mehr gesehen; er nahm von ihnen zwar den Adel an, der tatsächlich echt ist - aber es scheint, dass er sich ihrer geschämt hat, denn es sind einfache Tagelöhner. Die Familie stammt aus Viersen im Rheinland, aus einer Gegend, wo die geistlichen Herren, die früher hier regierten, recht häufig ihre Diener geadelt hatten. Die Proletarier blieben trotz dieses Geschenks meistens Proletarier, nur Herr v. Lacum verstand es, sich den Titel, der in Deutschland so viele blendet, zunutze zu machen. Allerdings war er auch von einer überragenden Intelligenz in Verbindung mit jener beträchtlichen Skrupellosigkeit, die so vielen "neuen Herzen" geschäftlichen Aufstieg sicherte. Die kleine Eisfabrik in Büdesheim, in die v. Lacum 1909 als Schlosser eingetreten war, brachte er rasch hoch. Es gelang ihm weiter, dem Dorf Büdesheim ein eigenes Elektrizitätswerk anzugliedern; schliesslich gründete er eine Maschinenfabrik. Die Autofirmen Mercedes, Benz und Daimler, für die er später Autos verkaufte, rühmten seine guten Umgangsformen, seine stets gut ausgefühhten Auftragsbücher. Nicht schlecht passt zu dem Bild des Herrn von Lacum auch die Tatsache, dass er eine Zeit lang zu den Geldgebern Hitlers gehörte.

Der letzte Wechsel...

Die Bankdirektoren, die dem so plötzlich untergegangenen Stern der Binger Kaufmannschaft so blind vertrauten, müssen ihre Gutmütigkeit bitter büssen; ebenso sind viele kleine Geschäftsleute unter den Geschädigten. Denn die zum Teil auf sehr betrügerische Weise herbeigeführten Verbindlichkeiten des Herrn von Lacum überschreiten eine Million Mark weit. Allein die von ihm in Umlauf gebrachten Wechsel belaufen sich auf etwa 780 000 Mark. Nun aber, da die Gerechtigkeit ihren Wechsel präsentiert, weiss man nicht einmal, ob ihr Schuldner noch unter den Lebenden weilt - - -.

\+ + +

Mädchenmord in Spandau. In Spandau bei Berlin zog ein Angler an der Einmündung eines Abzugsgrabens in die Spree mit dem Angelhaken ein in Zeitungspapier gehülltes Paket, das zu seinem Entsetzen den abgeschnittenen Kopf eines jungen Mädchens enthielt, aus dem Wasser. Vom Schädeldach bis zum linken Ohr ist eine zweifellos von einem Beilhieb herrührende klaffende Wunde sichtbar, ferner sind Einschnitte am Hals zu erkennen. Der Kopf der Toten scheint seit etwa drei Wochen im Wasser gelegen zu haben; die Gesichtszüge sind nicht mehr genau erkennbar. Die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

\+ + +

Juwelendiebstahl. Im D=Zug Heidelberg-Stuttgart wurde einem Pforzheimer Juwelenhändler ein Koffer entwendet, der Perlen und Brillanten im Wert von etwa 20 ooo Mark enthielt.

+ + +

"Malygin" in Archangelsk. Der russische Eisbrecher "Malygin" ist nach Beendigung seiner erfolgreichen Arktisexpedition, in deren Verlauf das Zusammentreffen mit dem Luftschiff "Graf Zeppelin" vor sich ging, am Freitag wieder in seinem Heimathafen Archangelsk eingelaufen.

+ + +

Jeppel contra Cremer. In der Affäre des Devaheimskandals belastet der vor einigen Tagen verhaftete Generaldirektor Jeppel den früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der Devaheim, Pastor Cremer aus Potsdam, aussergewöhnlich stark. Jeppel bemüht sich, dem Potsdamer Geistlichen alle Verantwortung für die rechtswidrige Verwendung der Spargelder zuzuschreiben. Wie weit diese Beschuldigungen zu Recht bestehen, muss nachgeprüft werden. Vorläufig bleibt der Haftbefehl gegen Direktor Jeppel trotz des Haftentlassungsantrages seiner Verteidiger aufrecht erhalten.

+ + +

Nachtwächter als Mörder? In der Nacht zum Freitag wurde auf einem Waldweg zwischen Gleuel und Frechen westlich von Köln ein 33 Jahre alter Arbeiter überfallen und erschlagen. Der Tat dringend verdächtig ist ein inzwischen verhafteter Nachtwächter. Als Motiv des Verbrechens wird Eifersucht angenommen.

+ + +

Unterm Schiffskessel verbrüht. Vier blinde Passagiere, die sich auf dem im Hamburger Hafen liegenden Dampfer "Ostsee" der Reederei Schuchmann eingeschlichen und unter dem Schiffskessel verborgen gehalten hatten, wurden durch das plötzliche Aufspringen eines Kesseldeckels von dem heissen Kesselwasser übergossen und verbrüht. Die vier unglücklichen Männer wurden sofort ins Krankenhaus transportiert.

+ + +

Schwanzloses Flugzeug. Mit dem auf dem Stuttgarter Flughafen Böblingen konstruierten schwanzlosen Soldenhoff=Flugzeug führte der Flieger Espenlaub einen Ueberlandflug von Stuttgart nach Zürich durch, der trotz ungünstigster Witterung bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 170 Stunden Kilometern in hervorragender Weise glückte. Die Maximalgeschwindigkeit der mit einem 40 PS=Motor ausgerüsteten Maschine beträgt 200 Stundenkilometer.

+ + +

Ausgehobene Likörfabrik. In New=York wurde eine grosse Likörfabrik, die mit einem riesigen Brauereibetrieb verbunden war, ausgehoben. Vom Personal der Fabrik konnten nur drei Italiener verhaftet werden, alle anderen Angestellten waren beim Eindringen der Polizei verschwunden; man weiss bis jetzt noch nicht, wer der Eigentümer des Unternehmens ist. Ueber 60 ooo Liter Alkohol und 30 ooo Pfund Zucker wurden beschlagnahmt.

+ + +

Amundsen=Flugzeug. Beim Entwickeln der anlässlich der Arktisfahrt des Luftschiffs "Graf Zeppelin" gemachten Aufnahmen entdeckte der russische Meteorologe Moltschanoff auf einer Platte, die südlich von Novaja-Semlja benutzt worden war, ein am Boden liegendes Flugzeug. Beim Photographieren selbst hatte Moltschanoff die Maschine nicht gesehen. Es besteht die Möglichkeit, dass es sich um den Apparat Amundsens handelt. Die Spur soll weiter verfolgt werden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Kampffront der Textilarbeiter.

Abschluss der Berliner Tagung.

SPD. Der Berliner Internationale Textilarbeiterkongress hat am Freitag seine Arbeiten abgeschlossen und damit eine Tagung beendet, die für die Textilarbeiterbewegung Europas ein Schritt vorwärts bedeutet. Klärung und Kräftigung - sie sind der moralische Gewinn der Tagung. Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer Reihe beachtenswerter Willenserklärungen zusammengefasst. An der Spitze dieser Willenserklärungen steht ein Aufruf an die Textilarbeiter und -arbeiterinnen aller Länder. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

"Der 13. internationale Textilarbeiterkongress in Berlin, auf dem 14. Landesorganisationen vertreten gewesen sind, hat sich ausführlich und eingehend mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Welttextilindustrie und der sozialen Lage der Textilarbeiter der einzelnen Textilländer beschäftigt. Er hat sein Augenmerk ganz besonders der Arbeitszeit und den Löhnen der Textilarbeiter sowie der Rationalisierung in der Textilindustrie zugewendet und die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Hinsichtlich der Rationalisierung ist der Kongress zu der Auffassung gekommen, dass die organisierten Textilarbeiter diese ebenso wenig verhindern können, wie die Arbeiter vor Jahrzehnten die Einführung und Verwendung der Maschine aufhalten konnten. Um aber die Folgewirkungen dieser neuen Methode der Betriebsführung, der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und dem Lohndruck entgegenzuwirken, fordert der Kongress die Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich.

Der Kongress macht es allen angeschlossenen Organisationen zur Pflicht, für diese Forderung bei jeder sich ergebenden Gelegenheit einzutreten und durch Erreichung sozialpolitischer Schutzmassnahmen die Schäden der Rationalisierung abzuschwächen.

Von der Ueberzeugung durchdrungen, dass eine weitgehende Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Textilarbeiter und eine Aenderung der bestehenden Wirtschaftsordnung nur durch den Ausbau der Organisationen und die Verbreiterung der internationalen Kampffront der Textilarbeiter zu erreichen ist, beauftragt der Kongress die zuständigen Instanzen alles geeignet Erscheinende zu tun, um die noch nicht angeschlossenen Textilarbeiterorganisationen, soweit sie die Grundsätze des internationalen Gewerkschaftsbundes anerkennen, zum Anschluss an die Textilarbeiterinternationale zu bewegen.

Der Kongress ist sich bewusst, dass er die Aufgaben, die er sich gestellt hat, nur erfüllen kann, wenn er dabei die tatkräftige Unterstützung der in den Textilbetrieben Beschäftigten findet. Er richtet daher mit Rücksicht auf den immer schwerer werdenden Existenzkampf der Arbeiterklasse an die organisierten Textilarbeiter die dringende Aufforderung, treu zur Organisation zu stehen und für ihre Ziele sowie für die Erhöhung der Zahl ihrer Mitglieder und ihres Einflusses zu wirken. Die Unorganisierten aber fordert er auf, sich den Organisationen anzuschliessen und so zur Stärkung der internationalen Kampffront der Textilarbeiter beizutragen.

Durch Organisation und Einigkeit zum Sieg! Es lebe die internationale Solidarität der Textilarbeiter!" -

In der Lohnfrage fordert der Kongress eine zuverlässige Lohnstatistik, sowie die regelmässige Erfassung der Preise aller lebensnotwendigen Bedarfsartikel zum Zweck eines internationalen Austausches zur Unterstützung der Lohnbewegungen. Den Landesorganisationen macht er zur Pflicht, den Kampffond auszubauen, um einen guten Ausgang kommender Kämpfe zu sichern. Eine Entschliessung zur Frage der Arbeitszeit missbilligt das System dauernder oder vorübergehender Ueberstunden. Im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Arbeiterschaft solle die Arbeitszeit in die Tagesstunden von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends fallen, und nur dort, wo der Arbeitsprozess aus technischen Gründen eine Unterbrechung der Arbeit nicht zulasse, könne der Schichtarbeit zugestimmt werden.

Das bereits im Manifest an die Textilarbeiter gestreifte Rationalisierungsproblem wurde vom Kongress noch in einer besonderen Entschliessung beleuchtet. Er erklärt darin: Soweit durch Arbeitszeitverkürzung die jetzt vorhandene Arbeitslosigkeit nicht behoben werden könne, seien alle Verbände verpflichtet, innerhalb ihrer Länder für eine ausreichende öffentliche Arbeitslosenunterstützung einzutreten. Ebenso müssten sie jede übertriebene Arbeitsintensivierung bekämpfen. Das Sekretariat werde beauftragt, alle notwendigen Unterlagen einzuholen, damit die zulässige Belastung des einzelnen Arbeiters in einzelnen oder allen Branchen der Textilindustrie festgestellt werden könne.

Die Lage der Kunstseideindustrie und ihrer Arbeiter wurde am letzten Verhandlungstag durch ein Referat von Schöller-Deutschland und einigen wertvollen Ergänzungen von Speak-England und Pöhlmann-Deutschland eingehend besprochen. Von allen Rednern wurde über das schlechte Organisationsverhältnis der Kunstseidearbeiter geklagt. In allen Ländern das gleiche Bild: die Kunstseidebetriebe liegen meist in etwas entlegenen Gegenden, und infolgedessen sind die Belegschaften, die sich stark aus weiblichen Arbeitskräften rekrutieren, durch Agitation nur schwer zu packen. Der stürmische Aufstieg der Kunstseideproduktion hat eine Reihe von neuen Fabriken aus dem Boden gestampft, die heute zum Teil stilliegen. Dazu kommt eine unerhörte Leistungssteigerung, sodass z.B. an vielen Punkten ein Drittel der Belegschaft heute die gleiche Produktionsmenge herstellt. Die Folge all dieser Dinge sind Lohndruck und Arbeitslosigkeit.

In der Frage der organisatorischen Erfassung der Kunstseidearbeiter erklärt der Kongress in einer Entschliessung, die Fabrikarbeiterverbände hätten kein Recht, die Arbeitnehmer der Kunstseideindustrie zu beanspruchen. Die Kunstseide sei ein Textilprodukt und die zu ihrer Herstellung tätigen Arbeitnehmer gehörten demzufolge zu den Textilarbeiterverbänden. -

Der nächste internationale Textilarbeiterkongress soll 1934 in der Schweiz stattfinden. Der Sitz der Textilarbeiterinternationale bleibt in London.

Samyn-Belgien, der am letzten Verhandlungstag die Beratungen leitete, schloss den Kongress mit einem Wort herzlichen Dankes an die Organisatoren der Berliner Tagung, vor allem für den freundlichen und brüderlichen Empfang der Textilarbeiterinternationale in der Krolloper. Wenn die Internationale in drei Jahren in der Schweiz zusammentrete, dann müsse ihre Mitgliederzahl, die jetzt 900 000 betrage, die erste Million überschritten haben. Ungarn müsse dann wieder angeschlossen und Italien vom Joch des Faschismus befreit sein. Das seien keine Utopien, sondern Möglichkeiten, wenn nur die Arbeiterbewegung erst einmal all ihre Kräfte zusammenfasse und geschlossen und einig unter den Fahnen des Friedens und des Sozialismus marschiere.

SPD. Das Absinken des Beschäftigungsgrades, das in der zweiten Hälfte des Juli einsetzte, hat in der ersten Augusthälfte ein etwas rascheres Tempo angenommen. Zwischen den beiden Stichtagen vom 15. Juli und 15. August 1931 ist, wie die Reichsanstalt mitteilt, die Zahl der Arbeitslosen um rd. 148 000, in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rd 129 000 gestiegen. Auf die Zeit vom 1. bis 15. August 1931 entfallen von der Zunahme rund 114 000 (i.V. rund 80 000). Nach

den Zählungen der Arbeitsämter war am 15.August eine Arbeitslosenzahl von rund 4 104 000 erreicht. In dieser Entwicklung dürften - neben der üblichen Verminderung in der Beschäftigung der Landwirtschaft - Auswirkungen der Kreditkrise zur Geltung kommen.

In der Arbeitslosenversicherung hat die Entwicklung nunmehr eine steigende Richtung angenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um rund 20 000 auf rund 1 225 000 erhöht. Die Belastung der Krisenfürsorge weist eine Zunahme um rund 29 000 auf. Am 15.August wurden rund 1 056 000 Empfänger der Krisenunterstützung gezählt.

In der Landwirtschaft ist die diesjährige Arbeitsmarktlage gekennzeichnet durch eine starke Verwendung von Maschinen und durch das lebhafte unmittelbare Angebot wandernder, vielfach berufsfremder Arbeiter. Der Arbeitsmarkt des Steinkohlenbergbaus und der Hüttenindustrie hat sich weiterhin ungünstig entwickelt. Die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe hat überall abgenommen. Eine unverkennbare Verschlechterung der Lage ist in der metallverarbeitenden Industrie eingetreten.

SPD. Der Reichswirtschaftsrat hat in einem besonderen Ausschuss zur Frage der Auflockerung oder Aufhebung des Nachtbackverbotes gutachtlich Stellung genommen. Der Ausschuss war einstimmig der Anschauung, dass eine Aufhebung des Verbotes nur dann in Frage kommen könne, wenn dadurch eine wesentliche Verbilligung des Brotpreises herbeigeführt werde. Ob eine solche wesentliche Preisermässigung gesichert erscheine, darüber waren die Meinungen geteilt. Dagegen fand ein Antrag, in allen Bäckereibetrieben die Vorbereitungsarbeiten für die Brot- und Brötchenherstellung schon um 3 Uhr morgens beginnen zu lassen, eine Mehrheit. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, dass das die Vertriebsspesen wesentlich erhöhende Verbot des Ausfahrens vor dem Beginn der Verkaufszeit aufgehoben werde. An dem Verbot des Verkaufes der Backware vor 7 Uhr wurde festgehalten.

Was hier vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als eine weitere Durchlöcherung des Verbots. Noch einige solcher Anträge und das Nachtbackverbot ist nur noch ein Messer ohne Heft, dem die Klinge fehlt.

SPD. Der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, hat nach den Pressemitteilungen des Bundes in einer Rede ein "permanentes" Moratorium für die Reparations- und Kriegsschulden gefordert. "Eine Aenderung oder Streichung der Kriegsschulden würde", sagte Green, "eine wirtschaftliche Bürde von den Schultern der Arbeiter nehmen und die Industrie von den zerstörenden Wirkungen der Ueberbesteuerung befreien." Das einjährige Moratorium sei gewiss gut, aber es schiebe nur den Tag der Abrechnung hinaus. Mit jeder Ermässigung der Forderungen der Vereinigten Staaten müsse eine entsprechende Streichung der deutschen Reparationszahlungen Hand in Hand gehen. Die Zwangsleistungen aus dem Weltkrieg seien eines der grössten Hindernisse für das Wiederaufleben der Weltwirtschaft."

Auto und Schiene.

(Die neue Wettbewerbsregelung zwischen Reichsbahn und Kraftverkehr.)

SPD. Die Reichsbahn hat ein neues Kraftverkehrsgesetz zur Regelung des Personen= und Güterfernverkehrs vorbereitet. Wahrscheinlich wird man es auf dem Wege der Notverordnung in Kraft setzen.

Die Eindämmung des jetzigen zügellosen Konkurrenzkampfes zwischen Eisenbahn und Kraftwagen ist zu einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit geworden. Die Reichsbahn kann ihr gemeinwirtschaftlich aufgebautes Tarifsystem nur aufrecht= erhalten und ihre volkswirtschaftlichen Funktionen nur erfüllen, wenn ihr neben den niedrig tarifierten Massenguttransporten auch die Transporte der höherwer= tigen und tariflich höher belasteten Güter einigermassen erhalten bleiben. Der Kraftwagenverkehr hat nun gerade auf diesem Gebiete durch erhebliche Unterbie= tungsmöglichkeiten der Reichsbahn beträchtliche Transporte entzogen, deren Ein= nahmeausfall die Reichsbahn auf 400 Millionen Mark pro Jahr veranschlagt. Die Reichsbahn hat sich durch immer neue Einführung von Kampf= und Ausnahmetarifen zur Wehr gesetzt. So sind gegenwärtig etwa 450 Ausnahmetarife in Kraft, durch die ein völlig unübersichtliches Tarifsystem entstanden ist und die vielfach zu frachtlichen Begünstigung einzelner Grossunternehmungen oder industrieller Standorte geführt haben.

An dieser unerfreulichen und volkswirtschaftlich ungesunden Entwicklung trägt die Reichsbahn insofern mit Schuld, weil sie es verabsäumt hat - im Ge= gensatz zu den grossen ausländischen Bahnen-, sich rechtzeitig einen eigenen Kraftwagenverkehr anzugliedern bezw. auf das Kraftwagen= und Speditionswesen Einfluss zu nehmen. Die Reichsbahn hat schliesslich versucht, das Versäumte mit dem Schenker-Vertrag auf einen Schlag nachzuholen, indem sie das Speditionswesen zentralisieren und ihrer Aufsicht unterstellen, darüber hinaus aber auch mit= telbar den gesamten Kraftwagenfernverkehr weitgehend inhibieren und reglemen= tieren wollte. Dieser Vertrag ist hinsichtlich der beabsichtigten Beseitigung der Konkurrenz der Kraftwagenferntransporte über das Ziel hinausgeschossen. Die Interessenten haben den Vertrag nicht bloss in diesem Punkte kritisiert, sondern in Bausch und Bogen als "kalte Sozialisierung" verdammt und bekämpft. Nach mo= natelangen Verhandlungen mit den Interessenten scheint nun von der Reichsre= gierung eine Kompromisslösung in der Form geplant, dass hinsichtlich der Zusam= menfassung und Verbilligung des Speditionswesens der Schenkervertrag aufrecht= erhalten und in Kraft gesetzt werden kann, dagegen die Regelung des Wettbewerbs zwischen Reichsbahn und Kraftwagenverkehr durch das neue Kraftverkehrsgesetz erfolgen soll.

Die Neuregelung des Speditionswesens, die von der Reichsbahn nunmehr an= gestrebt wird, ist ein dringendes Erfordernis. Durch die Uebersetzung und Zer= splitterung des Speditionsgewerbes ist eine grosse Ueberteuerung der An= und Abfuhrkosten für die Wirtschaft entstanden, die sicherlich auch zur Bevorzugung des Kraftwagenfernverkehrs beigetragen hat. Die neuen Einheitssätze, die nach dem Schenkervertrag für das ganze Reich gelten sollen, bedeuten eine ganz erheb liche Herabdrückung der Rollspesen, die z.B. für Berlin in Zukunft nur noch etwa ein Drittel der jetzt von den freien Spediteuren berechneten Sätze betragen werden.

Die Zentralisierung des Speditionswesens ermöglicht auch in viel grösserem

Masse die Einrichtung von Sammelverkehr, also Verbilligung der Transportkosten für die Verfrachter kleinerer Mengen. Der Umfang der Selbstabholung von Gütern, der der Gütermenge nach heute grösser ist als der durch Spediteure durchgeführte An= und Abfuhrdienst, wird zurückgehen und damit sich auch der Abfertigungsdienst der Bahn vereinfachen. Trotz des Geschreies der Interessenten wird die Neuorganisation des bahnamtlichen Speditionswesens beträchtliche Vorteile und Ersparnisse für die Wirtschaft bringen. Es ist aber unbedingt zu fordern, dass die neuaufzubauende Monopolgesellschaft kapitalmässig und in ihrer Verwaltung massgebend von der Reichsbahn kontrolliert wird.

Das Kernstück der geplanten Kraftverkehrsgesetzgebung ist die Bindung des Kraftwagenfernverkehrs, über 50 km Entfernung, an einheitliche, vom Reichsverkehrsministerium festzusetzende Tarife in Anlehnung an die entsprechenden Reichsbahntarife. Selbstverständlich soll der Werksverkehr, also der nichtgewerbliche Kraftwageneigenverkehr der Unternehmungen, nicht den Konzessions=und Tarifvorschriften unterworfen sein. Dagegen will man offenbar auch schon die gelegentlichen entgeltlichen Kraftwagentransportleistungen den gesetzlichen Vorschriften unterwerfen. Das würde praktisch bedeuten, dass z.B. ein Werks=oder Gutskraftwagen, der auf dem Rückweg für benachbarte Unternehmungen oder Güter Waren mitbringt, die allgemeinen Tarife berechnen müsste. Das würde zu unbilligen Härten und Schikanen führen, eine Kontrolle gegen Umgehungen ist ganz unerreichbar. Wir halten es daher für unbedingt erforderlich, dass nur der Kraftwagenverkehr gewerblicher Kraftwagenunternehmungen, aber nicht dieser Gelegenheits= und Gefälligkeitstransport, den Ueberlandverkehrtarif= und Konzessionsvorschriften unterworfen wird.

Die Innehaltung der behördlich vorgeschriebenen Tarife soll durch hohe Strafen bei Unterbietung bezw. Entzug der Konzession erzwungen werden. Die Reichsbahn will unter der Voraussetzung des Inkrafttretens der Tarifbindungen für den Kraftverkehr die Tarifsätze der höheren Wagenladungsklassen A bis C, die heute in erster Reihe dem Kraftwagenwettbewerb ausgesetzt sind, entsprechend den Beschlüssen der ständigen Tarifkommission vom Juni des Jahres senken und in Zukunft auch auf ihre Kampftarife Verzicht leisten; das geschieht in der Annahme, dass bei gleichen Beförderungstarifen auf Schiene und Landstrasse der weitere Uebergang zum Kraftwagenverkehr aufgehalten und darüber hinaus abgewanderte Transporte wieder von der Bahn zurückgewonnen werden können.

Wenn wir auch die Notwendigkeit einer Eindämmung und eines gewissen Wettbewerbsausgleiches zwischen Bahn= und Kraftwagenverkehr voll anerkennen, so scheint uns doch die hier beabsichtigte Schaffung eines einheitlichen Tarifsystems für Bahn= und Kraftwagentransporte gewisse Gefahren in sich zu schliessen. Die verbindlichen Kraftverkehrstarife werden naturgemäss zur Grundlage die Frachtsätze der Bahn haben. Diese sollen zwar in den höheren Frachtklassen ein wenig reduziert werden, liegen aber dann noch immer ganz erheblich über den heutigen Frachtsätzen und Selbstkosten des Kraftverkehrs. Dem Kraftwagenverkehr wird man auf diese Weise mühelose Sondergewinne durch die relative Tarifüberhöhung zuschanzen; andererseits scheint es uns überhaupt noch verfrüht, den Kraftwagenverkehr, eine ja noch erst in ihren Anfängen und ihrem Aufbau befindliche neue Beförderungstechnik, schon heute in ein starres Tarifsystem hineinzubringen.

Wir möchten gegenüber der geplanten Regelung der Bindung der Kraftwagentarife an die Bahntarife einer besonderen Abgabe des gewerben Kraftwagenverkehrs für die Strassenunterhaltung den Vorzug geben. Wenn man aber an der geplanten Konstruktion festhält, so muss man zumindest etwaige Sondergewinne, die die Kraftverkehrsgesellschaften auf Grund des neuen Frachtenkartells einheimsen können, auf dem Wege der Besteuerung für die Kosten der Wegeunterhaltung erfassen. In jedem Fall wird das Reichsverkehrsministerium sein Tarifbestimmungsrecht elastisch handhaben d.h. auf ein niedriges Niveau der Tarife hinwirken müssen, damit eine Anpassung der Frachten an das gesunkene Preisniveau so rasch wie möglich erreicht wird.

SPD. In Bremen fand am Freitag die erste Gläubigerversammlung der Nordwolle statt. Die Konkursverwaltung hat einen längeren Bericht vorgelegt, in dem versucht wird, den Gründen, die zum Zusammenbruch der Nordwolle führten, nachzugehen. Es ist ein Dokument, das nicht nur die Lücken unserer Gesetzgebung und die Mängel unserer Wirtschaftsordnung zeigt, sondern auch das Märchen von den überragenden Wirtschaftsführern recht gründlich erschüttert. Was der Bericht an Skandalösem bringt, geht noch über den Favagbericht hinaus, von dem man angenommen hat, er könne nicht mehr übertroffen werden.

Die kapitalistische Presse bemüht sich immer wieder, die Entwicklung bei der Nordwolle auf den katastrophalen Wollpreissturz zurückzuführen. Der Bericht betont etwas anderes. Sicherlich sind bei den Wollspekulationen der Gebrüder Lahusen ganz empfindliche Verluste entstanden. Sie sind heute noch nich zu beziffern. Sie sind aber z.T. durch Garnlieferungskontrakte usw. ausgeglichen. Die Gründe für die Nordwollepleite liegen auf ganz anderem Gebiet.

Hier kommt erst einmal die wahnsinnige Expansion in Betracht, die bei der Nordwolle betrieben wurde. Nach dem Bericht sind in der Zeit von 1924 bis 1930 = 77 Millionen Mark im Nordwollekonzern investiert worden. Die Selbstfinanzierung ist anscheinend dabei nicht berücksichtigt. Von diesen Mitteln, die in Anlagen immobilisiert worden sind, wurden nur 52 Millionen Mark durch Kapitalerhöhung aufgebracht. Den Rest deckte man durch kurzfristige Kredite. Das war einer der Hauptfehler im Nordwollekonzern, die leider ja auch in anderen deutschen Wirtschaftszweigen mehr oder weniger gemacht worden ist. Die Ueberlastung des Konzerns mit Zinsleistungen führte dann schliesslich dahin, dass, wie der Bericht andeutet, die Zinsen nicht mehr aus den Erträgnissen, sondern aus Krediten gezahlt worden sind. Man riss neue Löcher auf, um alte Löcher zu stopfen und kam immer weiter in den Sumpf.

Während man aber die Zinszahlungen schon aus Krediten vornehmen musste, hatte man Geld für Tantiemenzahlungen; leistete man sich den Scherz, in den Jahren 1925 bis 1928 noch rund 16 Millionen Mark an Dividenden auszuzahlen.

Der Bericht der Konkursverwaltung führt unter den Gründen, die den Nordwollekonzern zusammen brechen liessen, auch die Unrentabilität der Betriebe auf Hier muss man die Einschränkung machen, dass die Gebrüder Lahusen in blinder Expansionswut jeden Betrieb zu jedem beliebigen Preis aufkauften, ohne Rücksicht darauf, wie die Rentabilitätsverhältnisse lagen. Dass der an sich kerngesunde Nordwollebetrieb hier mit Defizitobjekten belastet werden musste, ergab sich von selbst. Diesen Fehler konnte man auch durch eine weitgehende Rationalisierung, die die Leistung pro Kopf steigerte und den Preis der Arbeitskraft drückte, nicht wieder gutmachen. An sich wurde die Rationalisierung, wie das der Bericht schön sagt, zu einer unerhörten Bürokratisierung der Betriebe. Die schematischen Rationalisierungsrichtlinien und die Stoppuhr richteten ungeheure Schäden an. Die sich trotzdem ergebenden Rationalisierungsgewinne wurden aber durch eine unverständliche Preispolitik wieder aufgefressen. Wir hören im Bericht, dass die Fabrikate der Nordwolle in Südamerika unter den Gestehungskosten verkauft wurden. Man liess sich also zu einem unverantwortlichen Dumping und zu einer beispiellosen Schleuderei hinreissen, wahrscheinlich schon in der Zwangslage, die weiter steigenden Zinsansprüche nicht mehr normal befriedigen zu können. Gerade diese Zusammenhänge lassen das Gerede von den hohen Arbeitslöhnen und den sozialen Belastungen als das erscheinen, was es ist: ein Märchen für wirtschaftspolitische Kinder. Vielmehr führte das Bestreben der Nordwolle, durch Züchtung vom Gelben und Gründung von gelben Werkvereinen die Löhne zu drücken und die Gewerkschaften auszuschalten, zu einem direkt unheimlichen Erfolg. 1925 war ein günstiges Jahr für die Wollindustrie. Hier hätte sich die Nordwolle, die bereits schief lag, wieder richtig aufs Pferd setzen können. Damals aber provozierte man einen mehrmonatigen Streick und, so bemerkt der Bericht, die zu erwartenden Gewinne gingen durch Streikverluste zum Teufel.

Nach aussen hin wahrte man das Bild durch Bilanzfälschungen. Es wurden seit 1925 Posten auf der Aktivseite geführt, die reine Verlustposten waren. Aktienpakete werden sehr hoch und mit den vollen Gestehungskosten eingesetzt, die bereits wertlos geworden waren. Man übernimmt Bürgschaften, die in der Bilanz nicht kenntlich gemacht worden sind, und sehr wahrscheinlich stecken unter diesen Bürgschaften u.a. auch die Zuschüsse, die die Nordwolle für die rechtsradikale Presse leistete. Bei den Tochtergesellschaften werden Scheinbuchungen vorgenommen. Hier ergibt sich sicherlich noch die Quelle neuer Verluste, wie auch die Bürgschaften noch Verluste bringen werden, die in die Dutzende von Millionen gehen. Es wird Aufgabe des Strafrichters sein, hier einigermassen Klarheit zu schaffen. Auch im Interesse des Steuerfiskus.

Der Fall Nordwolle entpuppt sich immer mehr als einer der grössten Skandale in der Wirtschaftsgeschichte. Möglich wurde der Skandal nur durch die unbegreifliche Verschachtelung des Konzerns. Die ganze Struktur des Konzerns wurde mit Absicht kompliziert gemacht, um Verschiebungen und Unterschlagungen vorzunehmen. Der "Verschiebebahnhof" war die grosse holländische Tochtergesellschaft Ultramare. Schon die Gründung ist recht interessant und bezeichnend. Aktienbesitzer ist die Nordwolle über eine holländische Tochtergesellschaft. Gründer ist aber der südamerikanische Zweig der Lahusens: über die Nordwolle werden nun ungeheuer grosse Geschäfte gemacht. Von diesen Geschäften weiss die Verwaltung in Bremen garnichts oder so gut wie garnichts. Sie laufen durch die Hände von Carl und Heinz Lahusen. Es wird über die Ultramare nicht nur Wolle gekauft, sondern sie tätigt auch Geschäfte in Effekten und in Beteiligungen. Ueber die Ultramare gehen auch sehr wahrscheinlich die Summen, die die Lahusens der Hitlerpartei und dem Stahlhelm zukommen liessen. Bei der Ultramare liegen auch persönliche Konten von Carl und Heinz Lahusen und auf diesen Konten, so schliesst der Bericht, sind ganz erhebliche Summen gutgeschrieben worden. Die nach Lage der Dinge der Nordwolle entzogen werden mussten.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Abgaben im Monat Juli 1931 mit 828,23 Millionen Mark an. Im Monat Juni, der einen Tiefstand an Einnahmen brachte, waren es 456,12 Millionen Mark. Beide Monate kann man nicht vergleichen, denn im Monat Juli waren Abschlusszahlungen für das Jahr 1930 und Vorauszahlungen für die Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer zu leisten. Auch ist das Ergebnis im Juli durch die vierteljährlichen Zollagerabrechnungen beeinflusst, Ein genaueres Bild ergibt sich schon, wenn man das Ergebnis im Juli 1931 mit dem Juli 1930 vergleich Trotz der schärferen Anziehung der Steuerschraube erbrachte der Juli 1931 rund 269 Millionen Mark weniger als der Juli 1930. (Gesamtaufkommen im Juli 1930 = 1097 Millionen Mark.) Man kann annehmen, dass die Einnahmen im Juli noch scha durch die Stockungen im Zahlungs= und Ueberweisungsverkehr beeinflusst sind. Allerdings wirken sich neuerdings die Verzugszuschläge und die erhöhten Verzugzinsen aus, sodass das Reichsfinanzministerium für den laufenden Monat mit günstigeren Steuereinnahmen rechnet. Die Lohnsteuer erbrachte im Juli 96,55 Millionen Mark gegenüber 116,8 Millionen Mark im Juli 1930. Im Juni 1931 waren 97,37 Millionen Mark aufgekommen. Die veranlagte Einkommensteuer brachte 154,68 Millionen Mark gegenüber 217,4 Millionen Mark im Vorjahre, die Umsatzsteuer 151,92 Millionen Mark (Vorjahr 192,6 Millionen Mark) und die Beförderungssteuer 24,7 Millionen Mark (30,4 Millionen Mark im Vorjahre).- Das Aufkommen an Zöllen wird mit 146,22 Millionen Mark angegeben (Juli 1930 = 172,6 Millionen Mark.) Die Zuckersteuer erbrachte 15,4 Millionen Mark (Vorjahr 19), die Biersteuer 31,4 (Vorjahr 40,3 Millionen Mark.)

Schieles Erfolg: Wachsende Unsicherheit.

(Berliner Getreidebörse vom 21.Aug.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machte sich am Freitag wieder eine ausgesprochene flaue Stimmung bemerkbar. Es scheint, dass das wenig befriedigende Mehlgeschäft und die wieder recht ungünstig beurteilten Exportaussichten zusammen eine starke Abschwächung der Tendenz hervorgerufen haben. Roggen war wesentlich stärker angeboten als an den Vortagen, stiess jedoch nur auf gering Kauflust, sodass sich merkliche Abschwächungen ergaben. Auch Weizen wurde niedriger bewertet, obwohl hier das Angebot weniger zugenommen hat. Am Markte der Zeitgeschäfte machten sich Abschwächungen bemerkbar, die sich beim Weizen auf etwa 5, beim Roggen auf 7 bis 8 Mark beliefen. Im Mehlhandel konnte sich keinerlei Geschäft entwickeln. Die Mühlen hatten zwar ihre Forderungen um 50 Pfennig ermässigt, jedoch wurde über den allernotwendigsten Bedarf hinaus keine Ware gekauft. Hafer hatte etwas kleineres Angebot, sodass sich hier die Preise besser behaupten konnten.

	20.August	21.August
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	226 - 228	221 - 223
Roggen	173 - 175	166 - 168
Neue Wintergerste	152 - 162	152 - 162
Hafer	149 - 156	147 - 156
Weizenmehl	27,50 - 33,75	27,50 - 33,75
Roggenmehl	24,35 - 27,00	24,10 - 26,75
Weizenkleie	11,75 - 12,25	11,75 - 12,25
Roggenkleie	10,25 - 10,75	10,25 - 10,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 229 und Geld (Vortag 234½), Oktober 228 - 228½-228 (232), Dezember 227 (233). Roggen September 178 (183), Oktober 179 (182½), Dezember 180 - 179 (183), Hafer September 146 bis 145 (147), Oktober 148 - 146 (147), Dezember 148.

Berliner Viehmarkt.

(21. August).

SPD. Die Beschickung auf dem Schweinemarkt war nicht so reichlich ausgefallen wie am Dienstag. Die Verkäufer versuchten deshalb, höhere Preise durchzusetzen. Das gelang nur zum Teil und zwar wohl deshalb, weil stärkere Nachfrage vorhanden war. Das Geschäft war durchweg glatt. Bei reichlichem Angebot traten auf dem Hammelmarkt Preisabschläge ein. Auf dem Kälbermarkt konnten die letzten Notierungen gehalten werden. Der Rindermarkt hatte stärkeren Auftrieb. Die Preise zogen für Kühe an, während sich für Ochsen und Bullen die letzten Notierungen nicht halten konnten.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 57 (55-56), b) (240-300 Pfd.) 56-57 (55-56), c) (200-240 Pfd.) 55-57 (53-56), d) (160 - 200 Pfd.) 52-55 (50-54), e) (120 - 160 Pfd.) 49-51 (47-50). Sauen 49-51 (48-49). Schafe: a) 44-47 (48-50) B)46-50)48-53), c)40-45 (40-47), d) 26-33 (25-35). Kälber: b) 50-60 (50-59), c) 48-47 (48-56), d) 35-45 (35-45). Kühe: a) 32-37 (32-36), b)26-30 (26-30), c) 21-25 (21-24), d) 15-20 (15-20).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S+P+D

Berlin, den 21.August 1931.

Die rettende Hand.x

Ein schottischer Schwank von schottischem Geiz.

SPD. Der Schotte Pitt ging spazieren und kam an einen reissenden Fluss.
Der Schott Pitt war wohl nicht ganz vorsichtig, jedenfalls rutschte er aus, rutschte den glitschigen Abhang hinunter und sauste ins Wasser.
Der Fluss war hochgeschwollen und die wilden Wasser rissen den Schotten Pitt fort.
Nun aber waren Bauern in der Nähe, die den Unfall beobachtet hatten.
Sie liefen zur Hilfe herbei und schrien, indem sie ihre Arme ausstreckten:
"Gib deine Hand her! Wir wollen dich herausziehen!"
Aber der Schott Pitt tat es nicht.
Er spuckte, prustete und schrie um Hilfe.
"So gib doch, gib doch endlich deine Hand her!" schrien die Bauern.
Der Schotte Pitt spuckte, prustete und schrie um Hilfe, tat aber nicht, was man ihm zu tun hiess.
"Er muss unbedingt ertrinken, wenn er uns die Hand nicht reicht," sagten die Bauern. "Was können wir nur tun, um ihn zu retten? Er muss närrisch sein, dass er uns die Hand nicht geben will."
Da sprach ein alter Bauer:
"Ich hab's!"
Man drängte ihn, zu sagen, was er meinte.
"Ich hab's!" wiederholte er.
Und "Bist du aus Aberdeen?" schrie er dem Schotten Pitt zu.
"Ja," rief der prustend aus dem Wasser.
"Dann dürfen wir nicht rufen: Gib, gib uns deine Hand! Dann müssen wir rufen:
"Ergreife unsere Hand, nimm unsere Hand!"
Und die Bauern riefen dem Schotten Pitt zu:
"He, du Aberdeener, nimm unsere Hand!"
Da griff der Schotte Pitt zu und wurde gerettet.

Verlag Schwager.x

Von Wladimir Asow.

SPD. Sie trafen sich im Gewühl der Strasse, - der Herr Direktor Alexander, ein gut gekleideter und gut genährter Mann, dem man auf den ersten Blick ansah, dass er im Leben das grosse Los gezogen hat, und ein gewisser Remei mit einem übermüdeten Hut und einem Antlitz, in dem jede überstandene Enttäuschung eine Furche zurückgelassen hat.
Angreifer war der Besitzer des übermüdeten Hutes, er lüftete ihn unterwürfig und rief:
"Herr Direktor Alexander? Welche Ueberraschung! Eine Ewigkeit, dass ich Sie nicht gesehen habe!"

Worauf der Gewinner im Leben herablassend erwiderte:
"A so!... Herr Remei! Ich erinnere mich, ja... Wie geht's?"
"Vorläufig geht's nicht... Ich suche jemand, der mir auf die Beine hilft, dann wird es schon gehen: Ich habe nämlich eine glänzende Idee!..." sagte mit bittender, fast schuldig klingender Stimme der übermüdete Hut.
"Ich erinnere mich, ja... Sie hatten immer den Kopf voll der glänzendsten Ideen", erwiderte gelassen der Gewinner im Leben.
"Aber diesmal habe ich eine leicht verwirklichbare Idee", sagte mit seiner schuldig klingenden Stimme der übermüdete Hut. "Warum so eilig, Herr Direktor?.. Darf ich Sie begleiten?"
"Bitte! Und erzählen Sie mir von Ihrer neuen Idee!"
"Ich will einen Verlag gründen!" erklärte der übermüdete Hut.
"Einen Verlag?" wiederholte der Gewinner im Leben. "Ich bin in dieser Branche nicht bewandert, aber ich glaube, ein Verlag kann unter Umständen ein gutes Geschäft sein."
"Unter allen Umständen, Herr Direktor!" verbesserte der übermüdete Hut.
"So?!...Und wie wird Ihr Verlag heissen?"
"Verlag Schwager".
"Verlag Schwager. Schwa-ger?!" wiederholte der Gewinner im Leben und warf dem übermüdeten Hut missbilligende Blicke zu. "Ein sonderbarer Name, muss ich sagen. Ein Verlag heisst in der Regel "Skorpion" oder "Diskus", auch anders, etwa "Natur und Kultur"... Aber "Schwager", das habe ich noch nie gehört...."
Der übermüdete Hut stiess einen schweren Seufzer aus.
"Wenn Sie die Einzelheiten kennen, werden Sie das nicht sagen. Ich will sie Ihnen erzählen, damit Sie verstehen, dass mir ein anderer Name als "Schwager" gar nicht in den Kopf kommen konnte... Als ich auf die Idee kam, einen Verlag zu gründen, ging ich gleich zu einem alten Bekannten, einem steinreichen Mann. Ich erläuterte ihm ausführlich, was ein Verlag sei, das beste Geschäft heutzutage; etwas einträglicheres als ein Verlag gäbe es gar nicht, es sei denn eine Goldgrube. Aber eine Goldgrube wird doch nicht vom Menschen gegründet; die schenkt uns der Himmel, und der Mensch gibt nur die Aktien aus. Aber auch ein Verlag macht nicht viel mehr Arbeit: Man gibt ein Buch heraus - und der Leser kauft es gegen bar. Ein Buch ist kein Staubsauger auf achtzehn Monaten Abschlagszahlung, ein Buch ist Geld auf dem Ladentisch. Und ist die erste Auflage ausverkauft, erscheint die zweite, ist auch die zweite Auflage vergriffen, folgt die dritte. Ein Buch kann aber auch liegen bleiben, es verdirbt nicht, es kommt nicht aus der Mode wie ein Damenhut. Hat man aber Zweifel über den Erfolg eines Buches, so gibt man eine Zeitung oder ein illustriertes Blatt heraus. Der Leser kommt vom siebenten Stockwerk herunter - und kauft es, im Trafik oder beim Kolporteur! Im Schnee, im Regen, im Nebel - er kommt und kauft! Wohnt aber der Leser in einer entlegenen Gegend wo es keine Zeitungsstände und keine Zeitungskolporteure gibt, so bestellt er das Blatt und schickt das Geld für einen Monat im voraus! Begreifen Sie nun, was ein Verlag ist?... Für welche andere Ware zahlt man einen Monat vorher?..."
"Ja, es ist augenscheinlich ein gutes Geschäft", sagte der Gewinner im Leben. "So gründen Sie doch Ihren Verlag! Worauf warten Sie noch?"
"Das hat mir auch der andere gesagt, aber er gab mir kein Geld dazu. Ich habe ihm einen praktischen Vorschlag gemacht: Ich habe eine Idee, Sie haben Geld, so tun wir uns zusammen und machen wir's halbpart!" "Nein!" hat er mir geantwortet: "Geld gebe ich Ihnen keines, aber ich gebe Ihnen etwas Besseres als Geld, - meinen Schwager, den Bruder meiner Frau. Er ist Platzvertreter einer grossen Papiermühle, er wird Ihnen Papier zu einem phantastisch billigen Preis zu verschaffen, und das auf Pump! Für einen Verlag ist aber Papier die Hauptsache!...."
"Das ist gewiss sehr vorteilhaft", sagte ich zu ihm. "Aber für den Anfang muss man auch Geld haben. Vielleicht könnten Sie mir doch ausser dem Schwager etwas Geld vorstrecken?"

"Nein!" sagte er. "Beides kann ich nicht geben! Finden Sie noch jemand, der Ihnen das Geld gibt! Der Schwager gibt das Papier, ich gebe den Schwager, Sie geben die Idee, so könnten wir selbviert die Firma gründen."

"Was konnte ich ihm darauf sagen? Ich dankte ihm für den Schwager und ging zu einem anderen Bekannten, auch einem sehr reichen Mann. Auch diesem gefiel meine Idee. Ich wollte nun wissen, auf welchen Betrag ich bei ihm rechnen kann; da aber sagte er: Geld bekommen Sie von mir keines, aber etwas noch wertvolleres als Geld....."

"Vielleicht einen Schwager?" fiel ich ihm ins Wort.

"Fabelhaft!" sagte er. "Wie haben Sie das erraten? Ich will Ihnen tatsächlich meinen Schwager geben, den Bruder meiner Frau. Er arbeitet für die Druckereien, nimmt Bestellungen an. Mit seiner Empfehlung wird man Ihre Zeitung zum halben Preis drucken, und selbst diesen stunden. Eine Druckerei ist doch für einen Verlag die Hauptsache...."

"Was konnte ich da machen? Ich sagte: Schön, ich will darüber reden, und ging zum dritten reichen Bekannten. Der hat an meiner Idee noch mehr Gefallen gefunden als die vorherigen zwei, sodass ich ihm bündig sagte: "Her mit dem Gelde, und wir machen den Anfang!" Darauf er:

"Nein, ich habe kein Geld für Sie, aber etwas was noch teurer ist als Geld..."

"Wieder einen Schwager?" unterbrach ich ihn, und er zu mir:

"Das ist kolossal! Sie sind ein Gedankenleser! Ganz richtig, meinen Schwager, den Bruder meiner Frau. Er ist ein Inseratenagent, und für eine Zeitung bilden Inserate die Hauptsache. Eine Zeitung, die viel Inserate hat, kann nicht untergehen. Mein Schwager ist für Sie eine Goldgrube. Mit ihm brauchen Sie auch gar kein Geld...."

"Was konnte ich da tun? Ich versprach wiederzukommen und begab mich auf den Heimweg - und da kamen Sie mir entgegen..."

Der Vielgeplagte zog seinen übermüdeten Hut ab und trocknete mit einem schmutzigen Taschentuch die sorgendurchfurchte Stirn.

"Nun, was sagen Sie jetzt?" fragte er den Gewinner im Leben, indem er das Taschentuch in ein Klümpchen zusammenquetschte, "Habe ich ein Recht, den Verlag anders als "Verlag Schwager" zu benennen?"

Der Gewinner im Leben nickte lächelnd.

"Ihre Idee gefällt mir ganz gut", sagte er langsam, "Besser als die Kaffeehäuser und Kaberette, zu deren Gründung man mich tagtäglich animiert..."

In den Augen des Vielgeplagten flackerte schwache Hoffnung auf.

"Mein teurer!" rief er. "Wäre das möglich, dass ich endlich einen verstehenden Menschen gefunden?.. Und wo?.. Zufällig auf der Strasse!... Uebrigens sind noch alle Millionengründungen durch einen Zufall zustande gekommen... Also, wieviel bieten Sie? Ich nähme sämtliche Schwäger in das Geschäft, sie würden sich sicherlich nützlich erweisen...."

In den Augen des Vielgeplagten leuchtete so viel inständiges Bitten, dass es selbst einen Stein rühren würde.

"Nein!" sagte der Gewinner im Leben fest. "Ich gebe Ihnen kein Geld! Ich gebe Ihnen dafür...

"Noch einen Schwager?!" rief der Vielgeplagte verzweifelt aus.

"Aber was für einen!" sagte ruhig der Gewinner im Leben: "Meinen Schwager, den Bruder meiner Frau! Er ist für eine Zeitung schlechthin unersetzlich: er schreibt in Prosa und in Versen, er zeichnet Karikaturen, er übersetzt aus allen Sprachen, er....."

Aber der Vielgeplagte mit dem übermüdeten Hut hat nicht erfahren, welche Vorzüge der vierte Schwager noch besass. Ganz gegen seine Uebung, immer höflich und sogar untertänig zu sein, tauchte er ohne Abschiedsgruss im Gewühl der lärmenden Strasse unter.

(Nach dem Russischen von B. Halperin.)

Selbstgespräch.[x]

Im Sommer, wenn die Sonne glüht,
Im Sommer, wenn die Sehnsucht blüht,
Im Sommer, wenn das Leben drängt,
Und wenn der Blick am Himmel hängt,
Dann ist es ganz besonders schwer -:
Immer im Takt,
Immer in Fron
Zugepackt
Für kärglichen Lohn -,
Acht Stunden, sie brennen die Herzen leer,
Acht Stunden, Du siehst die Sonne nicht mehr,
Die Blätter-, der Himmel-, vorbei, vorbei,
Erstickt, erstorben im Einerlei - - !

Gracchus.

Ein bisschen Tiergeographie.[x]

Von Willy Ley.

SPD. Der Fremdling, in eine neue Lebensgemeinschaft verschlagen, die er nicht kennt und in die er nicht hineingehört, hat zwei Möglichkeiten. Die eine: er verschwindet dadurch, dass er sich in den Rahmen einfügt oder überhaupt zugrunde geht; die zweite: er reisst die Herrschaft an sich und behauptet sich. Musterbeispiel für den Tatbestand der zweiten Möglichkeit ist die weisse europäische Menschenrasse, die nur an zwei Punkten der Erde, im asiatischen Fernen Osten und im schwarzen Afrika noch nicht durchgedrungen ist. Ueberall sonst hat sie es geschafft und meist ist dabei die ursprüngliche Bevölkerung dezimiert in besonders krassen Fällen sogar ausgerottet, auf jeden Fall aber bedeutungslos geworden. Es ändert nichts an dem Bild, wenn dann später die Ureinwohner wieder zu einiger Bedeutung und Wichtigkeit gebracht werden, wie es jetzt in Nordamerika mit den Indianern sich anzubahnen scheint, denn hier findet ja der weitere Prozess statt, dass, nachdem das Land weiss geworden ist, die Roten die Erlaubnis bekommen, sich in dies weisse Land einzufügen.

Genau dieselbe Erscheinung wie bei den Menschen findet sich natürlich auch im Tierreich. Es gibt eine eigene Wissenschaft hierfür, die man als Tiergeographie bezeichnet und die sich damit befasst, welche Tiere ursprünglich zu einem Lande oder zu einem bestimmten Landschaftstyp gehören.

So ist Australien z.B. das Beuteltierland; als es entdeckt wurde, gab es dort keine anderen Säugetiere ausser den Beutlern als einen wilden Hund. Es wird dazu angenommen, dass der australische Wildhund nur ein wieder verwilderter Hund ist, welcher einmal von Menschen in Australien eingeführt wurde.

Dieses Experiment ist nun vielfach versucht worden, - und man kann sagen, dass der Erfolg der Einbürgerung einer fremden Tierart immer negativ ausgefallen ist. Besonders nach Europa hat man oft alle möglichen Tierarten gebracht und ausgesetzt, so vor allem Papageien aller Arten, chinesische Sonnenvögel usw. Endgültig geglückt sind solche Versuche nie, meist brachte der Winter die Tropenvögel in Verlegenheit. Sie entgingen ihm zwar nach Zugvogelmanier durch Auswandern, fanden dann aber nicht den Rückweg in ihre neue Heimat. Auch an grössere Tiere hat man sich gewagt, in der Eifel und im Hunsrück hat man sogar Känguruhs ausgesetzt, die sich allem Anscheine nach sehr wohl befanden und nur durch Wilddiebe ums Leben gekommen sind.

Das sind nun diese Fälle, wo der Fremdling unterging und sich nicht halten konnte. Viel schlimmer liefen die Einbürgerungen aus, wenn der Fremde sich hielt. So ist die Insel St.Helena durch eingebürgerte Ziegen beinahe ruiniert

worden; Südseeatolle und Galàpagosinseln haben ebenfalls unter den ortsfremden, aber kräftigen Ziegen, Hunden und Schweinen gehörig zu leiden, welche meist schon in früheren Jahrhunderten durch Seefahrer dort abgesetzt wurden. Der Grund dafür war, dass man Schiffsturbine und Konservenbüchse noch nicht erfunden hatte und dass man also danach trachtete, für die Allgemeinheit der Seefahrer auf solchen Inseln lebende Proviantvorräte unterzubringen. Ganz besonders schlimm ist es aber Australien mit den Kaninchen ergangen, gegen die man einen unsinnig teuren Vernichtungskrieg führen muss, der indes kaum Zweck und Erfolg hat.

Ein Musterbeispiel ist auch unser Sperling in Nordamerika. Im Jahre 1850 kamen in Brooklyn einige Männer auf die Idee, dass die nordamerikanische Tierwelt durch den europäischen Sperling bereichert werden müsste und dass ausserdem die Landwirtschaft einen Schädlingsvertilger mehr gebrauchen könne. Also holte man aus England zunächst 16 Spatzen hinüber, mit denen man sich die erdenklichste Mühe gab. Trotz oder vielleicht auch wegen dieser Mühe gingen sie aber bald zugrunde, die Einbürgerung schien zu missglücken. 1852 bestellte man in England eine neue Ladung von 200 Stück, jetzt ging es schon besser, man gab Nachbestellungen, und im ganzen machten etwa 1500 Spätzlein die Reise über den Atlantik. Der Erfolg war ungeheuer und nicht vorauszuahnen gewesen. In wenigen Jahren war der Sperling fast in allen Staaten der Union anzutreffen und wurde anfangs durch weissgekleidete Ehrenjungfrauen begrüsst. Die Begeisterung hielt aber nicht an, denn sehr schnell stellte sich heraus, dass das neue Tier erstens eine ausgesprochene Vorliebe für die Städte zeigte und zweitens, wenn er schon aufs Land ging, sich aufs Körner- und nicht aufs Insektenvertilgen legte. 1891 kam eine amtliche Schrift heraus, mehr als vierhundert Seiten stark, mit dem Titel: "Der englische Sperling in Nordamerika, besonders in seinen Beziehungen zum Ackerbau." Was das für "Beziehungen" sind, sieht man sehr leicht, das ganze Buch ist ein einziges Klagelied. Jetzt kostet die Sperlingsbekämpfung gewaltige Summen.

Ein Gegenstück dazu ist für Europa die geglückte unglückliche Einbürgerun der Bisamratte. Der Grund zur Einbürgerung war ihr Pelz, der auf europäischem Boden nicht besser geworden ist. Dafür hat sich die Bisamratte als wilder Teichräuber und Teichschädling erwiesen, der von Kundigen nicht gerade gelobt wird. Drei andere Einbürgerungen waren nicht ganz so schlimm: Damhirsch, der aus den Mittelmeerländern geholt wurde, Fasan, der seine Urheimat in den Ländern am Schwarzen Meere hat und Känguruh, welches man aus Australien in die Eifel verpflanzte. Die beiden ersten haben sich gehalten, das Schicksal des letzten wurde schon erwähnt.

Ganz neuerdings haben wir wieder eine Einbürgerung in Europa, die recht interessant ist, zumal sie wohl durch den Menschen erfolgte, aber ohne seinen Willen und sogar ohne sein Wissen. Man weiss auch noch nicht genau, ob man wieder einen Schädling, - oder einmal abwechslungshalber das Gegenteil erwischt hat. Das Tier ist die chinesische Wollhandkrabbe, ein stattlicher schwanzloser Krebs von bis zu 8 cm Körpergrösse und beinahe 45 cm Spannweite. Die grossen vordersten Scheren sind, - woher der Name kommt, - dicht bepelzt. Die erste chinesische Wollhandkrabbe auf deutschem Boden wurde 1912 in der Aller aufgefunden. 1923 wurde sie in Hamburg, 1927 in der Nordsee entdeckt. Gleichzeitig begann ihre Invasion in die Havel, wo sie ständig vordringt und sich gewaltig vermehrt, sodass badende Berliner schon sehr leicht mit ihr Bekanntschaft machen können.

Eingeschleppt wurde das Tier wahrscheinlich durch aus China kommende Schiffe schon jahrelang vor der ersten Entdeckung. Wissenschaftler und Aquariumsfreunde haben sich sofort auf das interessante Ungeheuer gestürzt und es genau beobachtet. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Wollhandkrabbe auffallend häufig Pflanzen frisst, in der Hauptsache aber kleine Fische verzehrt. Gesunde Fische sollen ihr nicht zum Opfer fallen, nur kranke, verletzte oder tote. Das nächtlich lebende Tier klettert gern aufs Trockene, kann auch tagelang ausserhalb des Wassers leben, wodurch sich erklärt, dass man die Woll-

handkrabben auch in isolierten Binnengewässern antrifft.

Zu Pessimismus bietet die "gelbe Gefahr" noch keinen Grund. Zwar schimpfen die Fischer, dass sie ihnen die Netze oft zerreisse, aber dafür ist das Tier, welches an sich ja wenig schädlich ist und nur durch massenhaftes Auftreten unangenehm werden kann, nicht nur in seiner Heimat und für chinesische Zungen, sondern auch bei uns und für Inländer essbar.

Gutbürgerliches Wiegenlied.

SPD. Hugenbergs gepumpten 42 Danatmillionen in Liebe gewidmet.

Schlaf, Spiesser, schlaf,
Sei friedlich und sei brav
Herr Hugenberg hat viel Kredit,
....zig Millionen gingen mit - -
Schlaf, Spiesser, schlaf....

Schlaf, Spiesser, schlaf,
Und sei diskret, du Schaf -
Wenn Alfred pumpt, tut er's mit Stil,
Vor allem nimmt er möglichst viel -,
Schlaf, Spiesser, schlaf....

Schlaf, Spiesser, schlaf,
Wie gut die Pleite traf -
Auf Jacob Goldschmidts Danatgeld
War jener restlos eingestellt,
Schlaf, Spiesser, schlaf....

Schlaf, Spiesser, schlaf,
Sei friedlich und sei brav,
Das Reich nimmt sich der Sache an,
Damit er weiter schimpfen kann -
Schlaf, Spiesser, schlaf....

Kuka.

Arbeit und Leistung.[x]

Die Untersuchungen eines amerikanischen Psychologen.

SPD. In unsrer Epoche erlebt die Jugend eine Hochkonjunktur und das Alter wird unterbewertet. Das "Alter" in diesem Sinne beginnt ziemlich früh: etwa mit 25 oder 30 Jahren. Ein Blick in die Rubrik der Stellen-Angebote jeder Tageszeitung beweist es: wer das dritte Jahrzehnt seines Lebens hinter sich hat, darf sich keine Illusionen mehr machen über seine Verwendungsmöglichkeiten im Wirtschaftsleben. Und schon ehe wir diese Ueberbewertung der Jugend hatten, galt allgemein das Wort: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Das Wort ist nicht ganz richtig. Die Lernfähigkeit im Alter ist grösser, als manche glauben. Die nordamerikanische Zeitschrift "The Readers Digest" veröffentlicht die Ergebnisse von wissenschaftlichen Untersuchungen, die ein hervorragender amerikanischer Psychologe, Professor Thorndike von der Columbia-Universität in New York, angestellt hat. Thorndike teilte 465 Lehrer, die sich um den Magister-Titel bewarben, in drei Altersgruppen ein: vom 20. bis 29., vom 30. bis 39. und vom 40. bis zum 49. Jahr. Mit diesen Gruppen stell-

te er Prüfungen an, die ergaben, dass die älteste Gruppe die geistig regsamste war!

Auch die Frage des Erlernens von Sprachen wurde untersucht. Drei Altersgruppen von 20 bis 25, 26 bis 34 und 35 bis 37 wurden in je gleicher Stundenzahl in Esperanto unterrichtet. Alle drei Gruppen machten ungefähr gleiche Fortschritte, so dass die These: nur im Kindesalter kann man erfolgreich Sprachstudien treiben, keineswegs richtig ist. Bei der Lern-Konkurrenz zwischen der ältesten Gruppe und einer Gruppe von Achtzehnjährigen ergab es sich sogar, dass die Alten doppelt so schnell vorankamen wie die Jungen.

Mit mehr als 300 Gefangenen, von denen keiner mehr als sieben Schulklassen absolviert hatte und die im Alter zwischen 17 und 54 Jahren standen, wurden gleichfalls eingehende Untersuchungen angestellt. Die Fortschritte, die sie beim Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Orthographie machten, betrugen etwa 82 % des Fortschritts von Durchschnittsschulkindern; dabei ist zu berücksichtigen, dass diese einen viermal so langen Schultag haben und dass es sich bei den Insassen der Strafanstalten um Leute handelte, die wenig intelligent und völlig ausser Uebung waren.

Die reine Lernfähigkeit nimmt nach Professor Thorndikes Meinung vom 25. bis zum 45.Jahr jährlich um etwa 1 % ab. Es ist jedoch zu bedenken, dass dieses geringe Defizit an Lernfähigkeit im allgemeinen ausgeglichen wird durch die grössere Selbstdisziplin und die stärkere Willenskraft der Erwachsenen. "Das Ergebnis unsrer Untersuchungen", sagt der amerikanische Gelehrte, "lässt sich wie folgt zusammenfassen: die Lernfähigkeit erwachsener Personen kommt derjenigen von Jugendlichen im Alter von 17 bis 19 Jahren sehr nahe. Es ergibt sich ferner, dass die beste Zeit zum Erlernen einer Sache diejenige ist, die ihrer praktischen Anwendung unmittelbar vorausgeht, denn erst durch die Anwendung des Gelernten wird dies zum organischen Teil unsrer Bildung."

Auch die uralte Frage, in welchem Alter der Mensch auf der Höhe seiner Schaffenskraft stehe, wurde von Professor Thorndike und seinen Mitarbeitern wieder zur Diskussion gestellt. 381 der grössten Männer, die die Weltgeschichte kennt, wurden auf ihre Leistungen hin untersucht, und es ergab sich, dass sie ihr Meisterwerk durchschnittlich mit 47½ Jahren schufen. Allerdings ist das ein Resultat, dem wenig Bedeutung zukommt, denn es beruht letzten Endes auf einem Spiel mit Zahlen. Das "Meisterwerk" eines grossen Mannes ist historisch schwer zu datieren, auch kann man verschiedener Meinung darüber sein, welcher Leistung der Titel "Meisterwerk" zuzusprechen ist. Umso mehr Gewicht haben Thorndikes Untersuchungen über die Lernfähigkeit der Durchschnittsmenschen, zumal in unsrer Zeit, die von der Vorstellung nicht loskommt, der Mensch jenseits der 25 oder 30 befinde sich mit seinen Leistungen und Fähigkeiten auf der absteigenden Linie. -sso.

SPD. Das Land der Millionäre.[x] Japan ist unzweifelhaft heute das Land, das die meisten Millionäre zählt. Ais einer Statistik, die vom japanischen Finanzministerium veröffentlicht wurde, ergibt sich, dass im Lande des Mikado 3 000 Bürger ein Vermögen von mehr als einer Million Yen (zwei Millionen Mark) besitzen, von denen wiederum 75 Personen über ein Kapital verfügen, das 50 Millionen Mark überschreitet. Der Baron Ivasaki Jisaya, ehemaliger Direktor eines grossen finanziellen Konsortiums, besitzt 80 Millionen Mark in bar und in Sachwerten, hinter ihm rangiert Naizu Kaikiro mit 200 Millionen Mark, Hatteri Kontaro, ein Juwelier aus Ginza mit ebenfalls annähernd 200 Millionen Mark und der letzte dieser Serie, der Finanzmann Ohashi Shintaro, verfügt über etwas mehr als 50 Millionen Mark.